

Kommunale Landwirtschaft.

Die Frage, ob die Städte berufen und befähigt sind, im eigenen Betriebe einen großen oder wesentlichen Teil ihres Lebensmittelbedarfs zu decken, ist nicht erst durch die Kriegsverhältnisse in die Erörterung getreten. Schon viele Jahre vor dem Kriege haben Volkswirte und organisatorisch weitblickende Männer gesagt, daß gegen die periodisch wiederkehrenden Teuerungen der landwirtschaftliche Eigenbetrieb durch die Städte das einzige erfolgversprechende Abwehrmittel sei. Anlaß dazu gaben insbesondere die häufigen Fleischteuerungen, deren letzte im Jahre 1912 so scharf einsetzte, daß in unbemittelten Volkskreisen die erzwungene Einschränkung des Fleischkonsums nicht wesentlich hinter der Einschränkung zurückgeblieben haben dürfte, die heute geübt werden muß. Es sind Rücksichten auf die gegenwärtige Gebundenheit der Erörterung, die es verbieten, darzulegen, warum bei der bisher in Deutschland herrschenden Wirtschaftsmethode Teuerungsperioden dauernd unvermeidlich sein werden, gleichviel ob Krieg oder Frieden ist. Die Tatsache steht fest, Sie hat schon auf dem ersten Deutschen Städtetag 1905 den verstorbenen Abgeordneten Paul Singer zu der Forderung veranlaßt, daß die Städte sich der Zucht und Mästung von Vieh in Absicht auf Gewinnung von Fleisch und Milch zuwenden sollten.

Diese Wirtschaftsform ist auch so einleuchtend, daß schon vor dem Kriege verschiedene Städte sich ihrer bemächtigt haben, nebenbei auch Genossenschaften und Privatunternehmen zum Besten ihrer Mitglieder und Angestellten. So betreibt die Harpener Bergbau-Aktiengesellschaft seit etwa acht Jahren auf ehemaligem Dehland im Emsgebiet eine Schweinemästerei, die jährlich 6—8000 schlachtreife Tiere liefert. Die Konsumgenossenschaft „Produktion“ in Hamburg hat sich 1911 ein eigenes Rittergut gekauft, auf dem sie Rinder, Schafe und Schweine züchtet und nebenbei einen tüchtigen Molkereibetrieb zugunsten ihrer Mitglieder unterhält. Unter den westdeutschen und süddeutschen Städten, die der Frage gleichfalls schon vor dem Kriege praktisch näher getreten sind, sind Dortmund und Karlsruhe zu nennen. Die Versuche anderer Städte, wie Charlottenburg und Potsdam, die Küchenabfälle für die Schweinemast zu verwerten, richten sich auf dasselbe Ziel der Eigenproduktion. Auch die Schöneberger Rantingenzüchtereier fällt in das gleiche Gebiet.

Während des Krieges haben sich die Ansätze zur Selbstproduktion gemehrt. Hannover und Mainz haben größere Güter erworben. Frankfurt a. M. hat eine eigene Schweinemastanstalt in Aussicht genommen. Ulm, das an kommunalwirtschaftlichem Unternehmungsgeist allzeit voran ist, will sich auch noch auf die Hühnerzucht legen, welchem freilich etwas gefährlichem Unternehmen wir mit besten Wünschen aber viel Spannung hinsichtlich des Erfolges entgegensehen. Koblenz will Milchwirtschaft und Schweinemast betreiben.

Wie steht es aber nun mit Berlin? Da haben wir zunächst die Rieselwirtschaften, die von Hause aus nicht Selbstzweck, sondern Nebenbetriebe der Kanalisation sind. Ihre Erträge waren von Anfang an nicht gerade ruhmreich. Wenn man darauf hinwies, daß mit den Rieselwirtschaften etwas Nützliches zu schaffen sei, sofern man nur die Produktionsabsicht in den Vordergrund stellte, so stieß man auf Nasenrümpfen und Achselzucken, denn die Produktion sei nun einmal Sache der privaten Hand. Erst als mit dem Ausbau der Schutzollpolitik und den stetig wiederkehrenden Teuerungen die Erkenntnis aufblühte, daß die „private Hand“ in diesen Dingen doch eine sehr harte Hand für die Stadtbewölkerung sei, und als schließlich rein finanzielle Rücksichten die wirtschaftstheoretische Befangenheit erschütterten, wendete man der kommunalen Produktion ein größeres Interesse zu. Die Wirtschaften wurden stärker bestockt, es wurden Mühlen, Schlächtereien und Speicher eingerichtet, das Pachtssystem an Kleingärtner wurde planmäßig entwickelt, und die neuerdings geplante Gemüsedörranstalt wird nicht bloß Kriegsunternehmen sein, sondern ist als Ausgangspunkt einer erweiterten Pflege unserer Rieselprodukte, zumal des eiweißreichen Rieselgrases, zum Nutzen unserer Abmelkwirtschaften auch für Friedenszeiten zu betrachten.

Aber es fehlt vorläufig noch das Bekenntnis zur Selbstwirtschaft mit dem festen Ziele der Selbstversorgung der gesamten Stadtbewohner. Dazu bedarf es zunächst einer ration-